



## Aktuell keine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes



Unsere Stadt steht nach wie vor großen Aufgaben, um die Zukunft der Stadt zu gestalten. „Getreu unseren politischen Leitmotiven, nämlich Wirtschaft, Umwelt und Soziales, machen wir eine ausgewogene Politik für Brandenburg an der Havel“, sagte der **CDU-Kreisvorsitzender Steffen Scheller**. „Wir sind in der CDU-Fraktion und in der Verwaltung immer dafür eingetreten, dass wir das ausgeben können, was wir auch langfristig an Einnahmen zur Verfügung haben. So ist es uns gelungen, den Haushalt zu konsolidieren und den Kassenkredit abzubauen. Gleichzeitig haben wir weiter in die Zukunft unserer Stadt investiert.“

So soll es aus Sicht der CDU auch weiter sein. Es stehen wichtige Investitionen in die Infrastruktur an. Für die Wirtschaft und auch für die Bürgerinnen und Bürger benötigt die Stadt leistungsfähige und moderne Verkehrswege und Brücken. Auch der Erhalt unserer sozialen, sportlichen und kulturellen Angebote soll weiter möglich sein und die Angebote in den Kitas und in den Schulen wollen wir weiter ausbauen und deren Ausstattung verbessern.



Der **Fraktionsvorsitzende der CDU, Jean Schaffer**, sagt dazu: „Es ist purer Populismus, dass die Grünen nun ohne die Haushaltssituation zu beachten, den Hebesatz der Gewerbesteuer senken wollen und das auch noch mit wirtschaftlichen Argumenten unterlegen. Die Grünen sind mit ihrer Verbotspolitik nicht nur in Berlin dabei, unseren Wohlstand zu gefährden. Nein auch in unserer Stadt haben sie allein es zu verantworten, warum der Neubau der Brücke an Altstadt Bahnhof noch nicht anfangen konnte und wir alle längere Wege in Kauf nehmen müssen. Das kostet nicht nur Zeit, sondern auch allen eine Unmenge an Geld.“



„Wenn wir Spielräume für Steuersenkungen haben, dann werden wir diese nutzen“, ist sich **Thomas Krüger** sicher. Er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender und weiß: „Die Unternehmer setzen auf funktionierende Verkehrswege und Brücken sowie auf gute Standortfaktoren. Daran arbeiten wir kontinuierlich weiter, gemeinsam mit den Unternehmerinnen und Unternehmern.“

---

## Vier verkaufsfreie Sonntage im Jahr

Im Jahr 2022 haben sich Einzelhandel, IHK und Handelsverband umfangreich abgestimmt und vier verkaufsoffene Sonntage für das Jahr 2023 vorgeschlagen. Bereits am 30.04. soll der erste stattfinden, zum inzwischen zur Tradition gewordenen Gartenmarkt. Wird nach der Corona-Krise zu Teilen die allgemeine Sonntagsöffnung gefordert und von anderen eine Sonntagsöffnung kritisiert, so befürworten wir unsere Brandenburger Lösung mit vier Sonntagen im Jahr 2023. Wie schon in vielen Jahren zuvor, soll zum Gartenmarkt als auch zum Töpfermarkt im November sowie an zwei Sonntagen in der Weihnachtszeit von 13-18 Uhr verkaufsoffen sein. Dies befördert die Lebendigkeit unserer Innenstadt und lädt zum Verweilen aber auch Einkaufen in unserer Havelstadt ein.

---

## Steffen Scheller beim Flüchtlingsgipfel dabei

**Flucht und Asyl: Hilfe für die, die Hilfe benötigen. Bund muss illegale Migration stoppen.**



**CDU-Kreisvorsitzender Steffen Scheller** wird in dieser Woche am Flüchtlingsgipfel der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion teilnehmen. „Leider hat die Bundesregierung immer noch nicht erkannt, dass die aktuelle Asylpolitik zu einer Überforderung der Kommunen bundesweit führt. Viele Kommunen sind bereits jetzt nicht mehr in der Lage, weitere Flüchtlinge unterzubringen und zu integrieren. Auch wenn in unserer Stadt noch Kapazitäten für die vom Land angekündigten Neuzuweisungen bereitstehen, es wird auch hier in Kürze eng.“



Dabei ist für **Walter Paaschen**, der im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport ist, klar: „Eine Unterbringung von Sporthallen ist keine Lösung. Das ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln.“ Nach Ansicht der Brandenburger CDU muss der Bund endlich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass illegale Migration in die EU und nach Deutschland unterbunden wird. „Diejenigen, die kein Bleiberecht und keinen Anspruch auf Asyl haben, müssen in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Deutschland muss sich auf diejenigen Asylbewerber konzentrieren, die wirklich Hilfe und Schutz benötigen.“



René Mahlow, Mitglied im Ausschuss für Ordnung und Sicherheit, findet: „Es ist nicht gut, wenn durch eine Zunahme der illegalen Einwanderung staatliche Leistungen gebunden werden, die uns fehlen denen zu helfen, die in Not zu uns kommen.“

Aus Sicht der CDU ist es zu begrüßen, wenn nun endlich die Grünen im Land Brandenburg auch akzeptieren, dass Flüchtlinge ohne Bleiberecht nicht auf die Kommunen verteilt werden. Damit wird nun die Position unseres Innenministers Michael Stübgen im Land Brandenburg umgesetzt. Aber auch der Bund muss endlich tätig werden, um sich abzeichnende Konflikte in unserer Gesellschaft zu vermeiden.

## Krankenhausreform muss Krankenhäuser stärken



In der letzten Sitzung des Hauptausschusses hat die CDU-Fraktion dem Wirtschaftsplan des Städtischen Klinikums für 2023 zugestimmt. „Wir können alle froh sein, dass wir ein hervorragend aufgestelltes Klinikum in unserer Stadt haben. Von einem qualifizierten Regelversorger mit vielen Fachrichtungen und sehr kompetentem Personal im ärztlichen Bereich, in der Pflege und im Funktionsbereich, in der Verwaltung und in den Wirtschaftsdiensten hat sich unser Klinikum zu einem Universitätsklinikum entwickelt“, zeigt sich Gesundheitsausschussmitglied **Bodo Kaßau** sehr erfreut. Bodo Kaßau musste sich vor kurzem einer Operation an der Schulter unterziehen und befindet sich nun auf dem Weg der Genesung.



Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende und Chefärztin **Prof. Dr. Birgit Didczuneit-Sandhop**, warnt: „Wir müssen aufpassen, dass die vom Bund geplante Krankenhausreform wirklich zu einer Stärkung der Krankenhäuser führt.“

Bekanntlich plant die Bundesregierung eine stärkere Differenzierung, welche Krankenhäuser künftig welche Leistungen anbieten können. Das kann für einzelne Standorte die Schließung von kompletten Abteilungen bedeuten. Von daher ist die Perspektive des Städtischen Klinikums als Universitätskrankenhaus, auch künftig das komplette Angebot an Versorgungsleistungen behalten zu können, sehr gut für das Klinikum und unsere Stadt.

„Wir sind der Leuchtturm der gesundheitlichen Versorgung in der Region. Nicht nur stationär, sondern auch in ambulanten Bereich können sich die Patientinnen und Patienten auf uns verlassen“, sagte Prof. Dr. Birgit Didczuneit-Sandhop. „Das gilt auch für uns als CDU, denn wir werden hier vor Ort eine Schwächung des Krankenhauses nicht zulassen. Auch im Bund und in den Ländern werden wir keine Reform unterstützen, die zu Budgetkürzungen und zu einer Schwächung der gesundheitlichen Versorgung führt.“

---

## Fertigstellung des 2. Bauabschnitts des Uferweges am Silokanal



Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Thomas Krüger**, der ein leidenschaftlicher Läufer ist, sehnt wie viele andere Brandenburgerinnen und Brandenburger die Freigabe des Uferweges am Silokanal herbei. „Der nun neu hergestellte Teilabschnitt ist auf meiner Lieblingsstrecke und auch wenn er noch durch Bauzäune verstellt ist, freue ich mich schon auf einen weiteren Bereich für Sport und Erholung. Nach Auskunft aus der Verwaltung muss nur noch der Stromanschluss für die Beleuchtung erfolgen, so dass dann die Abnahme und die Freigabe erfolgen können.“



Bedauerlich ist, dass die Umweltverbände die Herstellung des Uferweges und die Begrünung des Areals so lange verhindert hatten.



„Das ist leider nicht das erste Mal, dass eine positive Entwicklung aufgehalten werden.“, so **Georg Riethmüller**. Er ist Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr. „Statt einer farbigen Asphaltdecke wollten die Grünen lieber einen Kies- und Sandweg, obwohl jeder weiß, dass solch ein Weg auf längere Zeit nicht nur für ältere Mitbürger und für Menschen mit Handicaps schwer zu nutzen ist.“

Da ein Streit vor Gericht nur noch längere Verzögerungen, mehr Zeit und mehr Geld bedeutet hätte, wurde nun ein Teil des Weges nicht asphaltiert.“ Thomas Krüger findet das nicht richtig: „Ich bin gespannt, wie lange der unbefestigte Teil des Weges hält. Wenn es dann soweit ist, dass Reparaturen anstehen, dann können wir uns alle bei den Grünen bedanken.“

## CDU-Fraktion steht an der Seite des Sports



Das von der Verwaltung vorgelegte Sportentwicklungskonzept beschreibt den Status Quo des Sports und zeigt Potentiale auf, diesen zu verbessern. „Dieses umfangreiche Papier gibt einen Überblick, wie sich der Sport in den vergangenen Jahren in unserer Stadt entwickelt hat. Da kann man feststellen, dass wir den richtigen Weg gegangen sind und der Vereinssport eine gute Entwicklung genommen hat.

Für die CDU-Fraktion ist klar: 92 Vereine in unserer Stadt zu haben, ist eine großartige Sache.

„Der Sport hat in unserer Stadt neben der gesundheitlichen Ausrichtung auch eine hohe soziale Kompetenz. Das haben wir gerade nach den schwierigen Zeiten der Pandemie gemerkt. Da können wir den Verantwortlichen, egal an welcher Stelle sie sich ehrenamtlich engagieren, nicht genug danken“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende **Jean Schaffer**.

Wenn auf Seiten der Vereine noch viele Wünsche offen sind, bieten sich im Rahmen des Sportentwicklungskonzeptes Möglichkeiten den bisher erfolgreichen Weg weiter zu gehen und auch neue Dinge anzustoßen.

Jean Schaffer, der auch Erster Stellvertreter im Vorstand des Stadtsportbundes ist, kennt die Bedürfnisse der Vereine. Bauliche Verbesserungen von Sportstätten, der Neubau von Sporthallen und Sportplätzen oder die eine oder andere Baumaßnahme auf den Vereinsgeländen stehen für die Zukunft auf dem Programm.

Positiv ist, das es eine gelebte enge Abstimmung der Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung mit den Verantwortlichen des Stadtsportbundes gibt, um den Bedürfnissen, Wünschen und Nöten der Vereine gerecht zu werden. Das Sportentwicklungskonzept stellt nach Aussage der CDU-Fraktion eine geeignete Diskussionsgrundlage dar, daran festzuhalten und sich auf die wichtigen Dinge zu fokussieren. Es soll Motor für die Sportentwicklung in unserer Stadt sein, so der einstimmige Tenor der CDU-Fraktion.“

---

## CDU begrüßt „Tag der Bundeswehr 2023 in Brandenburg a.d. Havel“



Wir freuen uns, dass Brandenburg an der Havel einer der Orte ist an denen bundesweit der „Tag der Bundeswehr“ begangen wird.

Fraktionsgeschäftsführer **Andreas Erlecke**: „Es ist wichtig, dass die Bundeswehr sich präsentiert und in den Kontakt mit der Bevölkerung tritt. Mit ihrem Selbstverständnis als ‚Armee in der Demokratie‘ hat sie den Auftrag die Werte Deutschlands zu verteidigen: Demokratie, Freiheit, Frieden und Menschenwürde. Für uns ist es von besonderer Bedeutung, dass diese Veranstaltung am 17. Juni stattfindet. An diesem Tag jährt sich zum 75 mal der Tag der Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953.“

## Meine Meinung:

### Brandenburger Bildung, ein Haus ohne Fundament.



Seit der Einführung des gemeinsamen Lernens 2015 setzt man auf die Schulbegleiter. Sie sollen die Lehrerinnen und Lehrer entlasten und Schülerinnen und Schüler mit Behinderung die gleichberechtigte Teilnahme am Regelunterricht ermöglichen. Die ausgebildeten Pädagogen sollen sich ausschließlich auf die Bildung konzentrieren können. In Brandenburg an der Havel werden die Schulbegleiter nach einem Förderausschussverfahren durch die Stadt Brandenburg finanziert. Seit 2017 sind die Kosten für die Schulbegleiter um ca. 80 Prozent angestiegen und betragen heute rund 3,5 Mio Euro. 109 Schulbegleiter betreuen 134 Schülerinnen und Schüler. Ein Verhältnis von fast 1:1. Das heißt unter anderem auch, dass pro Schüler jährlich ca. 20 Tausend Euro zusätzlich eingesetzt. Die Kosten für einen Schüler pro Jahr in der Regelschule betragen bundesweit ca. 7000 Euro.

Doch welches Ergebnis wird mit diesem enormen Aufwand erzielt?

Die ständige wissenschaftliche Kommission, ein unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium der Kultusministerkonferenz, kommt in ihrer Studie von 2022 zu folgendem Ergebnis:

„...gelingt es der Grundschule in vielen Fällen nicht, grundlegende Kompetenzen an alle Kinder zu vermitteln.“ Im Bundesdurchschnitt 2021 haben Grundschüler im Lesen 18,8 Prozent, im Zuhören 18,3 Prozent, in der Orthografie 22,1 Prozent und in der Mathematik 21,8 Prozent den Mindeststandard nicht erreicht.

Sie weisen auch daraufhin, dass 23,1 Prozent der Kinder Schwierigkeiten haben, sich sozial kompetent zu verhalten und Emotionen effektiv zu regulieren. Und gerade für diese Kinder sind nach dem Förderausschussverfahren Schulbegleiter tätig.

Doch es wäre falsch die Schulbegleiter, Lehrerinnen und Lehrern für dieses katastrophale Ergebnis verantwortlich zu machen.

Schuld ist die Bildungspolitik des Landes. Aus meiner Sicht ist es verantwortungslos ein neues Bildungssystem anzuschieben, ohne die notwendigen Voraussetzungen, dh. ausreichendes und qualifiziertes Personal sowie finanzielle Ausstattung, zu haben.

Man baut das Haus „Inklusion im Bildungssystem Brandenburg“ ohne Fundament. Das jetzt wackelnde Haus können die Kommunen und die von ihnen finanzierten Schulbegleiter nicht auffangen. Das Land Brandenburg steht hier in der Verantwortung!

Walter Paaschen

---

#### Impressum:

Dienstanbieter dieses Newsletters ist die CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel.

Inhaltlich Verantwortlicher ist Andreas Erlecke, Fraktionsgeschäftsführer der CDU-Fraktion Brandenburg an der Havel

CDU-Fraktion Brandenburg an der Havel

Altstädtischer Markt 2

14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 01522 5767423

Email: [cdu-fraktion@cdu-brb.de](mailto:cdu-fraktion@cdu-brb.de)

Homepage: [www.cdu-brb.de](http://www.cdu-brb.de)

Sollten Sie keinen weiteren Rundbrief wünschen, schicken Sie bitte eine Nachricht an: [cdu-fraktion@cdu-brb.de](mailto:cdu-fraktion@cdu-brb.de)